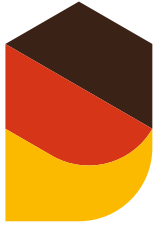


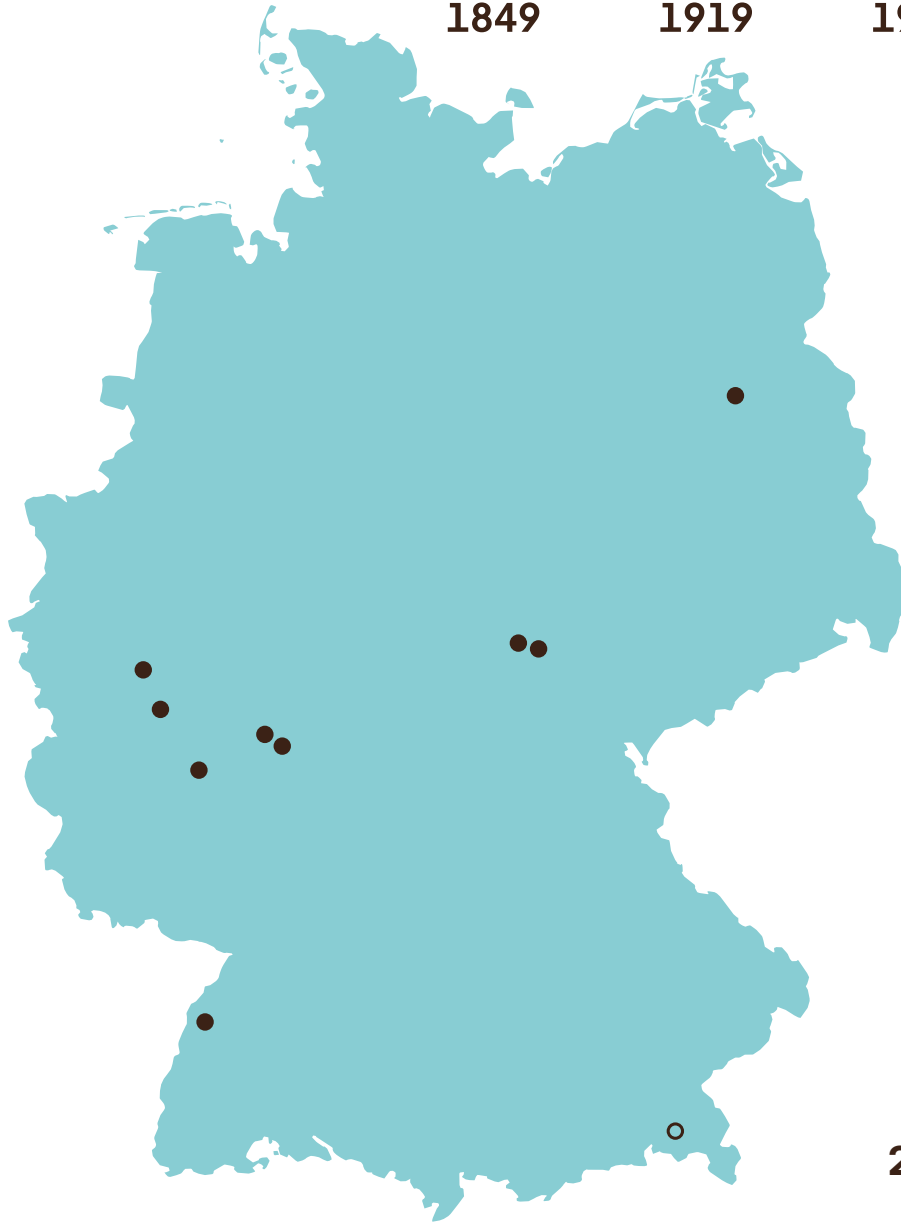
Netzwerk Verfassungsstädte



1849

1919

1949



2022-2025

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.«

Marc Bartuschka, Christian Faludi (Hg.)

Netzwerk Verfassungsstädte
2022–2025

Inhaltsverzeichnis

1	Grußwort — Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt
3	Vorwort — Christian Faludi
7	Berlin Hauptstadt mit vielfältiger Verfassungsgeschichte
13	Offenburg Liberale Versammlung und revolutionäre Forderungen
17	Heppenheim Ein erster Schritt zum deutschen Parlament
21	Frankfurt am Main Zentrum früher Verfassungsgeschichte
27	Erfurt Die fortschrittliche Verfassung des Unionsparlaments
31	Schwarzburg Der »zufällige« Verfassungsort
35	Weimar Wiege früher Verfassungen und der ersten deutschen Republik
41	Koblenz Konferenz der Ministerpräsidenten zur Schaffung eines Weststaates
45	Rüdesheim am Rhein Die Niederwald-Konferenz im Zeichen der Einigung mit den Westalliierten
49	Chiemsee Verfassungskonvent im abgeschiedenen Idyll
53	Königstein im Taunus Konferenz der Ministerpräsidenten auf dem Weg zum Grundgesetz
57	Bonn Heimstadt des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland
62	Impressum



Grußwort

des Bundesministers des Innern,
Alexander Dobrindt

← Bundesinnenminister
Alexander Dobrindt,
23. Mai 2025
(H. Schacht/BMI)

Das Grundgesetz ist die wesentliche Grundlage unseres freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates. Es ordnet nicht nur die Organisation unseres Staates und enthält die wesentlichen Staatsprinzipien. Es garantiert auch unsere Rechte als Bürgerinnen und Bürger, unsere Freiheit und unsere Sicherheit. Wie wertvoll und wie wenig selbstverständlich das ist, sehen wir in vielen Ländern auf dieser Welt. Verfassungskunde sollte daher Teil der politischen Bildung sein, denn das Grundgesetz und seine Vorläufer bilden das Fundament unseres Staatsverständnisses auch in der Gegenwart.

Dafür schafft das *Netzwerk Verfassungsstädte* Räume der Bildung, der Begegnung und des Dialogs. Das Netzwerk wurde initiiert von der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG) und verbindet Städte und Orte, in denen historische Meilensteine für die Demokratie in Deutschland errungen wurden und die die Vermittlung von Demokratiegeschichte voranbringen wollen.

In jeder einzelnen dieser Städte haben verfassungsgeschichtlich bedeutsame Ereignisse stattgefunden: Wendepunkte politischer Erneuerung, Phasen des Aufbruchs und Momente, in denen Menschen Mut gezeigt und Verantwortung für ihre und unsere politische Ordnung übernommen haben. Diese Wendepunkte füllt das Netzwerk wieder mit Leben und trägt es in die Gegenwart.

Denn Verfassungsbewusstsein zu schaffen, ist eine gemeinschaftliche Aufgabe, die Wissen, politisches Engagement und gemeinsame Ideale voraussetzt. Die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland hat sich,

wie das Netzwerk verdeutlicht, nicht an einem einzigen Ort entwickelt. Sie wurde durch viele Regionen getragen und von Menschen unterschiedlicher Herkunft gestaltet. Sie steht für Vielfalt und Föderalismus.

Die dezentrale Vernetzung der Verfassungsstädte unterstreicht, dass demokratische Werte nicht nur in der Hauptstadt verwurzelt sind, sondern in der Breite der Republik. Auf Bundesebene trägt das Bundesministerium des Innern als eines von zwei Verfassungsressorts täglich die Verantwortung dafür, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

Indem es historische Schauplätze sichtbar macht, erinnert das *Netzwerk Verfassungsstädte* uns daran, dass die deutsche Demokratie vom öffentlichen Diskurs, von institutioneller Veränderung und insbesondere vom gesellschaftlichen Engagement vieler Einzelner lebt. Wir alle sind aufgefordert, mit den Erkenntnissen aus der Geschichte gemeinsam unsere Zukunft zu gestalten.

Ich danke herzlich allen, die sich für unser Grundgesetz und unsere Verfassungsordnung einsetzen!

Alexander Dobrindt

Bundesminister des Innern



Vorwort

Christian Faludi

Die Bundesrepublik Deutschland blickt auf eine reiche und zugleich vielschichtige Verfassungsgeschichte zurück, deren Wurzeln tief in das 19. Jahrhundert reichen. Drei Verfassungen markieren dabei herausragende Wegmarken: die Paulskirchenverfassung von 1849, die Weimarer Reichsverfassung von 1919 und das Grundgesetz von 1949. An ihren Entstehungsorten – Frankfurt am Main, Weimar und Bonn – ist diese Geschichte bis heute in besonderer Weise präsent. Aus der Einsicht, dass diese Städte nicht isoliert nebeneinanderstehen, sondern durch ihre Beiträge zur Verfassungstradition der Bundesrepublik inhaltlich und erinnerungskulturell eng miteinander verbunden sind, entstand im Jahr 2023 das *Netzwerk Verfassungsstädte*.

Initiiert wurde das Netzwerk von der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG) im Jahr 2022 als Teil ihrer Arbeit an der Schnittstelle von historischer Forschung, politischer Bildung und zivilgesellschaftlichem Engagement. Im Rahmen des Jubiläumsjahres *175 Jahre Deutsche Nationalversammlung* unterzeichneten die Städte Frankfurt am Main, Weimar und Bonn am 19. Mai 2023 eine gemeinsame Erklärung in der Frankfurter Paulskirche. In ihr bekannten sie sich zu der Verantwortung, die sich aus ihrer historischen Rolle für die deutsche Demokratiegeschichte ergibt, und vereinbarten eine vertiefte Kooperation – wissenschaftlich, erinnerungskulturell und öffentlichkeitswirksam. Unter dem Dach der GEDG und in Zusammenarbeit mit der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte (SODG) nahm seither eine Arbeitsgemeinschaft Gestalt an, die die Etablierung des Netzwerks vorantreibt und es kontinuierlich mit neuen Inhalten füllt.

← Die Mitglieder und Partner im *Netzwerk Verfassungsstädte* nach dessen Erweiterung auf dem Theaterplatz in Weimar. Von links: Markus Lang (SODG), Julia Küppers (BMI), Stephan Zänker (GEDG/HDWR), Birgit Schneider-Bönniger (Bonn), Klaus Zapp (Rüdesheim am Rhein), Martin Dörper (Koblenz), Bernd Heidenreich (Frankfurt am Main), Marco Steffens (Offenburg), Beatrice Schenk-Motzko (Königstein im Taunus), Andreas Horn (Erfurt), Florian Hauer (Berlin), Peter Kleine (Weimar) und Christian Faludi (GEDG), 30. September 2025 (C. Welz/GEDG)

Im Zentrum dieses Netzwerks steht das Anliegen, die verbindenden Linien der deutschen Verfassungsgeschichte sichtbar zu machen und das Wissen darüber in eine breite Öffentlichkeit zu tragen. Verfassungen werden dabei nicht nur als juristische Dokumente verstanden, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, Konflikte und Vision einer *besseren* Zukunft. Indem historische Forschung, archivgestützte Rekonstruktion und pädagogische Vermittlung miteinander verzahnt werden, soll ein Beitrag zur politischen Bildung geleistet werden, der das Bewusstsein für die demokratischen Grundlagen der Gegenwart schärft – gerade in einer Zeit, in der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zunehmend unter Druck geraten und vermeintlich selbstverständliche Errungenschaften infrage gestellt werden.

Bereits im Gründungsjahr wurde auf dem ersten Netzwerktreffen in Bonn beschlossen, anlässlich des Jubiläums *75 Jahre Grundgesetz* im Jahr 2024 eine deutschlandweite Etappenfahrt zu organisieren. Die *Tour de Demokratie* verband im Mai 2024 symbolträchtig die drei Netzwerkstädte mit zahlreichen weiteren Erinnerungsorten auf einer rund 650 Kilometer langen Strecke. Ein Staffelstab mit einem Bekenntnis zum Grundgesetz, unterzeichnet von 75 Persönlichkeiten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, wurde von Angehörigen der Zivilgesellschaft transportiert – zu Fuß, per Rad, mit der Bahn, dem Boot oder in Fahrzeugen etwa der Feuerwehr oder der Bundeswehr. Die Tour war mehr als eine Gedenkfahrt: Entlang der Route kamen Menschen miteinander ins Gespräch, Geschichte wurde im Wortsinn *erfahrbar*, und es zeigte sich,

dass gelebte Demokratie überall stattfindet – in Schulen, Parlamenten, Museen, aber ebenso auf Straßen und Plätzen. Höhepunkt war das große Bürgerfest in Bonn, bei dem der Staffelfstab feierlich an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übergeben wurde.

Im Rahmen desselben Festes wurde ein weiteres zentrales Projekt des Netzwerks ins Leben gerufen: *der Hain der Demokratie*. Im Park der Villa Hammerschmidt pflanzten die drei Verfassungsstädte symbolisch je einen Baum – als Zeichen für Wachstum, Pflege und Verwurzelung der Demokratie in der Gesellschaft. Die Initiative knüpft an eine lange, teils vergessene Tradition von Verfassungsbäumen an, die bewusst wiederbelebt wird. Langfristig soll in jedem deutschen Verfassungsort ein solcher Baum gepflanzt werden, sodass ein deutschlandweiter *Hain der Demokratie* entsteht, der das abstrakte Prinzip der Volkssouveränität in ein konkretes, lokales Erinnerungszeichen überführt.

Weiterhin beriet sich das Netzwerk auf seinem dritten Jahrestreffen am 30. Juli 2025 in der Villa Rothschild in Königstein im Taunus – einem historisch bedeutsamen Ort der Grundgesetzgebung, in dem ab 1948 mehrfach Sitzungen der Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder abgehalten wurden. Im Mittelpunkt stand die anstehende Erweiterung des Netzwerks, die im Rahmen des Jubiläums *35 Jahre Deutsche Einheit* erfolgen sollte. Deutlich wurde dabei, dass eine Erweiterung nicht nur geografische Vielfalt schaffen, sondern neue Impulse für die Vermittlung von Demokratiegeschichte setzen soll. Aufgenommen werden sollten ausschließlich Orte, deren verfassungsgeschichtliche Bedeutung nachvollziehbar ist und die ausdrücklich Bereitschaft zeigen, sich aktiv in die Netzwerkarbeit einzubringen. Der historische Horizont reicht dabei von frühen Verfassungsexperimenten seit der Mainzer Republik von 1793 über die Verfassungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts bis hin zu den Verfassungen der ostdeutschen Bundesländer nach deren Neugründung im Zuge der Deutschen Einheit. Vereinbart wurde ein mehrstufiges Verfahren, nach dem zunächst Orte mit nationaler Verfas-

sungsgeschichte sowie solche mit unmittelbarem Bezug zu den Verfassungswerken von 1849, 1919 und 1949 zur Mitarbeit eingeladen werden. Andere Orte sollen perspektivisch folgen. Die Erweiterung verfolgt dabei ein klares bildungspolitisches Ziel: Verfassungsgeschichte soll dezentraler gedacht und in neue räumliche wie gesellschaftliche Kontexte getragen werden.

Zwei Monate später, am 30. September 2025, kamen Vertreterinnen und Vertreter aus Berlin, Erfurt, Koblenz, Königstein im Taunus, Offenburg und Rudesheim am Rhein der Einladung der GEDG nach, um in einer feierlichen Zeremonie in Weimar gegenüber den Gründungsmitgliedern eine Urkunde zum Beitritt zu unterzeichnen. Die Gemeinde Chiemsee kündigte ihren Beitritt darüber hinaus an.¹ Im Anschluss versammelten sich die alten und neuen Mitglieder zu einem Workshop im Haus der Weimarer Republik. Diskutiert wurden die strategische Weiterentwicklung des Netzwerks und Möglichkeiten einer zeitgemäßen Vermittlung von Verfassungsgeschichte vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Besondere Aufmerksamkeit galt der Ansprache neuer Zielgruppen, insbesondere junger Menschen, über innovative Formate und kooperative Projekte. Verfassungen sollen dabei stärker als Ergebnisse historischer Konflikte, Hoffnungen und Aushandlungsprozesse sichtbar werden. Das Netzwerk strebt an, neben dem Austausch von Materialien eigene inhaltliche Akzente zu setzen und gemeinsame Projekte – etwa wiederkehrende Stellungnahmen zum Zustand der Demokratie – zu entwickeln. Am Abend rundete ein öffentlicher Festakt im Deutschen Nationaltheater mit Musik, Reden und einer Podiumsdiskussion den Tag im Vorfeld des Jubiläums *35 Jahre Deutsche Einheit* ab.

Mit der wachsenden Zahl von Mitgliedsorten expandiert aktuell wie perspektivisch auch die geografische und gesellschaftliche Reichweite des Netzwerks. Mit jedem neuen Ort, der sich zu seiner verfassungsgeschichtlichen Rolle bekennt, weitet sich sein Wirkungsraum. Schrittweise entsteht ein bundesweites Erinnerungs- und Bildungsnetz, das die Vielfalt und regionale Tiefe der deutschen Demo-

kratiegeschichte sichtbar macht. Gerade in kleineren oder bisher weniger im öffentlichen Fokus stehenden Orten kann das Netzwerk als Impulsgeber für lokale Identifikation, historische Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement dienen. Die Verknüpfung von lokalen Initiativen mit einer übergreifenden Erzählung nationaler Verfassungsgeschichte eröffnet dabei neue Perspektiven: Demokratiegeschichte erscheint nicht länger nur als Angelegenheit einiger *großer* Orte, sondern als geteilter Erfahrungshorizont in vielen Regionen.

Langfristig gedacht kann so ein vielstimmiges Netzwerk entstehen, das demokratiegeschichtliche Bildung auf lokaler wie nationaler Ebene neu denkt – partizipativ, inklusiv und lebendig. Die Kooperation zwischen historisch geprägten Orten, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Forschungseinrichtungen und politischen Entscheidungsträgern ermöglicht eine niedrigschwellige, zugleich aber wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit der demokratischen Vergangenheit Deutschlands. Das Wissen um Verfassungstraditionen ist dabei kein Selbstzweck, sondern eine notwendige Voraussetzung, um Demokratie nicht nur zu verstehen, sondern sie im Alltag zu praktizieren und sie, wo nötig, auch gegen ihre Feinde zu verteidigen. Die Erweiterung des Netzwerks markiert daher nicht nur einen organisatorischen Schritt, sondern zugleich ein Bekenntnis zur fortgesetzten Aufgabe demokratischer Erinnerungsarbeit. Die koordinierende Rolle im weiteren Prozess liegt nach wie vor bei der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte.

Das hier vorliegende Booklet ist Teil und zugleich erstes greifbares Ergebnis dieses jüngeren Entwicklungsprozesses im *Netzwerk Verfassungsstädte*. Es erläutert die historische Relevanz der Mitgliedsorte und skizziert, wie sich die Erinnerung an Verfassungsgeschichte vor Ort gestaltet – in Ausstellungen und Gedenkortern, in Bildungsangeboten, Jubiläumsfeiern und lokalen Initiativen. Zugleich versteht es sich als Einladung, die hier vorgestellten Orte aufzusuchen, ihre Geschichte weiter zu erforschen und die Auseinandersetzung mit der demokratischen Tradition

Deutschlands fortzuführen. In diesem Sinne dokumentiert das Booklet einen Momentstand eines lebendigen Prozesses, der bewusst offen angelegt ist: Neue Orte, neue Perspektiven und neue Formen der Vermittlung sollen auch in Zukunft ihren Platz im *Netzwerk Verfassungsstädte* finden.

Dank gilt den Fördermittelgebern, ohne deren Unterstützung die Arbeit des *Netzwerks Verfassungsstädte* in dieser Form nicht möglich wäre. Im Gründungsjahr wurde das Netzwerk maßgeblich durch die Thüringer Staatskanzlei sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert. Die nun erfolgte Erweiterung des Netzwerks und das vorliegende Booklet wurden durch das Bundesministerium des Innern finanziert. Dank gesagt sei darüber hinaus allen Vertreterinnen und Vertretern der Verfassungsorte für ihre Bereitschaft, Teil unserer gemeinsamen Aufgabe zu sein, für ihr fachliches Engagement und ihren langen Atem in der praktischen Umsetzung vor Ort. Ihr Mitwirken trägt dazu bei, dass die Verfassungsgeschichte Deutschlands nicht nur bewahrt, sondern aktiv vermittelt und weiterentwickelt wird.

Weimar, November 2025



Dr. Christian Faludi

Leiter Gesellschaft zur Erforschung Demokratie-Geschichte

¹ — Die Gemeinden Schwarzburg und Heppenheim haben sich derweil gegen einen Beitritt zum Netzwerk entschieden. Ihre historische Relevanz für eine umfassende Kontextualisierung bleibt davon selbstverständlich unberührt, sodass auch diese Verfassungsorte in eigenen Texten berücksichtigt werden.

